

Ein Exkurs

Die Globalisierung vollendet, wozu mit dem historischen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit in den Industriegesellschaften der Nachkriegszeit der Grundstein gelegt wurde. Sie formiert eine Weltgesellschaft als universellen Schuldzusammenhang.

Der kapitalistischen Produktionsweise wohnt von ihren frühesten Anfängen an die Tendenz inne, alle überkommenen Wirtschafts- und Herrschaftsformen aufzulösen und sich an ihre Stelle setzend auf dem gesamten Erdenrund auszubreiten. Kapital ist nur Kapital, wenn es sich erweitert reproduziert, d.h. stets mehr Arbeitskraft und Naturressourcen in seinem Verwertungsprozess in sich hineinschlingt und dazu den materiellen Produktionsprozess beständig revolutioniert. Es ist seine expansive Dynamik, die das Kapitalverhältnis allen tradierten Produktionsverhältnissen überlegen macht und es auch über die historisch zufälligen Grenzen der Territorien hinaustreibt, in denen es sich zuerst entwickelt, wie Hegel bereits in seiner Rechtsphilosophie bemerkte¹. Sie bringt gerade den Menschen in Gebieten außerhalb der kapitalistischen Mutterländer, die von ihr erfasst werden, nicht Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern eine Zivilisation versachlichter, nackter, effizienter Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die die personale Herrschaft, der sie bis dahin unterworfen waren, mit ihrem Paternalismus eher heimelig wirkt. Die Geschichte des Kolonialismus und des Imperialismus des 19. und 20. Jahrhunderts ist denn auch bekanntlich in Blut geschrieben. Der Systemgegensatz zwischen West- und Ostblock sistierte nach zwei verheerenden Weltkriegen, Weltwirtschaftskrise und Menschenvernichtung der Nationalsozialisten für einige Jahrzehnte diese expansive Dynamik, zumindest was die territoriale Ausbreitung und Aufteilung anbetrifft. Die Einflussphären der Weltmächte waren abgesteckt, das Gleichgewicht des Schreckens verhinderte trotz sogenannter Eindämmungspolitik jede direkte Konfrontation, die allenthalben stattfindenden Stellvertreterkriege in den Peripherien führten zumeist nur Pattsituationen herbei. Die entwickelten Industrienationen des Westens mussten sich unter dem Hegemon USA gegen den gemeinsamen Feind zusammenschließen, internationale Organisationen wurden gegründet, um nicht nur zwischen West und Ost, sondern auch zwischen den Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise zu vermitteln und allgemeine Verfahren gerade der wirtschaftlichen Konfliktvermeidung zu installieren. Die expansive Dynamik musste sich ihr Ventil in einem nie dagewesenen Rüstungswettlauf, aber auch in einem alle Produktionsbereiche umfassenden allgemeinen Systemwettbewerb suchen. Die westlichen Industrienationen wandelten sich zu Wohlfahrtsstaaten. Die innergesellschaftlichen

¹ Vgl. G.W.F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts, ed. J. Hoffmeister, Hamburg 1995, S. 202 (§246).

Verteilungskämpfe mussten angesichts der präsenten Systemalternative des Staatssozialismus im Osten befriedet und in institutionalisierten Formen domestiziert werden, damit sie nicht zu wirklichem Klassenkampf ausarteten. Dazu mussten den Arbeitern und ihren Organisationen Zugeständnisse gemacht, ein sozialer Ausgleich in Form einer Teilhabe am Produktivitätsfortschritt, eine staatlich garantierte soziale Absicherung und steigender Massenkonsum, ein also insgesamt höherem Wohlstandslevel gewährt werden.

Was heutzutage euphemistisch als Globalisierung bezeichnet wird, kann man demgegenüber getrost als Revival eines auch wieder territorialen Imperialismus betrachten. Nachdem in einer ersten Phase in einer gewissen Goldgräberstimmung die im Zuge der Auflösung des Ostblocks neu entstandenen Gesellschaften der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen wurden, kann man inzwischen davon sprechen, dass das Tauschprinzip sich überall durchgesetzt hat, die Arbeitskraft überall zur Ware gemacht und damit wirtschaftlich die eine Welt hergestellt ist. Profitiert hat von diesem Siegeszug des Kapitalismus vor allem Europa, richtiger die EU, die sich ständig erweitert, ständig sich neue ehemalige Ostblockstaaten einverleibt und ständig ihre Grenzen Richtung Russland verschoben hat – und in der EU die Bundesrepublik als deren wirtschaftliche Hegemonialmacht.

Was durch die Globalisierung entstanden ist, ist etwas, das Stephan Lessenich einen einzigen Weltinnenraum nennt². Es gibt keine Gebiete mehr, die sich die kapitalistische Produktionsweise erst erobern müsste. Ihre expansive Dynamik kann sich nur noch in diesem Innenraum austoben, in einer beständigen Neuaufteilung der Einflussphären und einer beständigen Umgestaltung der Geschäftsfelder und der Machtbeziehungen. Wie der Produktionsapparat und die einzelnen Gesellschaften stellt sich auch die Weltwirtschaft insgesamt als ein Positionensystem dar, gekennzeichnet vom Wettbewerb darum, wer welche Position besetzen kann und von Aufstiegs- vor allem aber von hoher Abstiegsmobilität. Das versetzt auch die entwickelten Industrienationen des Westens in einen verschärften Konkurrenzkampf untereinander. Und so lässt sich inzwischen in einer zweiten Phase der Globalisierung beobachten, wie sich nach dem ehemaligen Ost- auch der siegreiche Westblock zerlegt.

Nun kann man sagen, dass daran wirklich nichts neu ist. Hatte doch bereits Lenin als wesentliches Merkmal des Imperialismus des 20. Jahrhunderts erkannt, dass die von den imperialen Mächten eroberte Welt nur noch neu aufgeteilt werden kann und diese Mächte deshalb notwendig in Konflikt miteinander geraten müssen.³ Aber Geschichte wiederholt sich

² Vgl. Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016, S. 54.

³ Vgl. Wladimir I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ders.: Ausgewählte Werke; Moskau 1982, S. 241.

nicht einfach. Der neue, Globalisierung genannte Imperialismus unterscheidet sich vom alten, den Lenin analysierte, weil und insofern zwischen ihnen die Zeit des skizzierten Systemgegensatzes liegt, in der sich die ehemaligen Kolonien von den Mutterländern politisch unabhängig machten und souveräne Staaten wurden und die Mutterländer sich zu Wohlfahrtsstaaten entwickelten. Die Gebiete der früheren 2. und 3. Welt sind als sogenannte politische Akteure den Staaten der 1. Welt gleichgestellt und all diese Akteure unterwirft die Globalisierung ein- und demselben ökonomischen Regime.

Damit verändert sich das Verhältnis von politischer und ökonomischer Sphäre. Die Globalisierung zerstört den schönen Schein, dass die Menschen ihre allgemeinen Angelegenheiten selbst bestimmen und regeln, was national durch republikanische und demokratische Verfassungen, international durchs Selbstbestimmungsrecht der Völker garantiert sein soll. Sie stellt die verkehrte Erscheinungsform des Verhältnisses von Öffentlichem und Privatem, von Staat und Gesellschaft, von, marxistisch gesprochen: Überbau und Basis, vom Kopf auf die Füße und desavouiert es für jedermann sichtbarlich als Ideologie. Die kapitalistische Ökonomie tritt nun unverhohlen als das wirklich Allgemeine der vielen nationalstaatlich verfassten Gesellschaften, die sich den Erdboden aufteilen, hervor und degradiert deren politische Agenturen zu dem partikularen Allgemeinen, das sie immer schon waren.

Für ein Verhältnis von Einzelkapitalen, deren ökonomische Beziehungen durch einen freien, anonymen, an sich anarchischen Markt vermittelt sind, hat der Staat nicht nur insofern eine konstitutive Bedeutung, als er ihnen die ihnen entsprechende materielle und rechtliche Infrastruktur bereitstellt, sondern auch insofern, als er den Konkurrenten als Inhaber des physischen Gewaltmonopols die allgemeinen Bedingungen ihrer Geschäftemacherei notfalls aufherrschen muss. Aber die Hochphase des Kapitalismus mit ihrer freien Konkurrenz und ihren Nationalökonomien gehört längst der Vergangenheit an. Die Durchsetzung des Weltmarktes macht die überkommene Form der rechtlichen Rahmung der Wettbewerbsbeziehungen durch einen Nationalstaat unmöglich, die durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals entstandene monopolistische Struktur der Wirtschaft macht sie weitgehend überflüssig. Denn an die Stelle des freien Marktes ist eine Art Kartell getreten. Die Vertreter der wenigen übriggebliebenen Monopole und Oligopole finden sich nun mit den politischen Repräsentanten der mächtigsten Nationalstaaten in internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen zusammen, um die Regeln der Weltwirtschaft auszuhandeln. Und das ist zumindest aus ihrer Sicht nicht einmal sehr schwierig. Denn stets kann es für sie nur darum gehen, nationale Hemmnisse für den freien Waren- und Kapitalverkehr, wie auch – in begrenzterem Maße – für

die Mobilität der Arbeitskräfte abzubauen. Schließlich sind die ökonomischen Gesetze die einzigen, die tatsächlich universell gelten, und wer sich nicht an sie hält, wird mit Wohlstandsverlust bzw. wirtschaftlichem Ruin bestraft.

Für die multinationalen Konzerne bietet sich mit der Globalisierung und der durch sie geschaffenen Umkehrung des Verhältnisses der Ökonomie zu den politischen Instanzen die einzigartige Gelegenheit, sich von der seit jeher ungeliebten staatlichen Bevormundung zu befreien, und nun ihrerseits die Staaten damit zu erpressen, Kapital aus ihnen abzuziehen, wenn sie ihnen nicht die gewünschten Verwertungsbedingungen bieten wollen. Die Aufteilung der Erde unter verschiedene Nationalstaaten, denen sie vor allem übers Kreditsystem, wann immer sie wollen, die Daumenschrauben anlegen können, sichert ihnen die Gefügigkeit von deren politischen Repräsentanten, die auf die physischen Gewaltmittel zurückgreifen können, über die sie als nationale Gewaltmonopolisten verfügen, um sie im Notfall gegen die eigene Bevölkerung zum Zweck von deren Unterdrückung im Sinne des Großkapitals einzusetzen.

Deshalb kommt ihnen auch die strukturelle Uneinigkeit der sogenannten Staatengemeinschaft gerade recht. Nichts wünschen sie sich weniger als eine Art Weltstaat. Sie drängen nur so vehement auf rechtliche und bürokratische Standardisierung und Anpassungen zwischen den Staaten, weil ihr Geschäftsmodell gerade darauf beruht, die unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Nationalstaaten auszunutzen und sie gegeneinander auszuspielen. Die Parole vom Freihandel verdeckt, dass sie stets auf der Suche nach den günstigsten Bedingungen sind, Menschen und Natur auszubeuten. Wenn daher die Wirtschaftsvertreter sich ständig darüber beschweren, welcher Verwaltungsaufwand ihnen aufgrund der Verschiedenheit nationaler Gegebenheiten aufgebürdet werde, und natürlich über die Vorteile, die ihre Konkurrenten davon hätten, dass sie nicht den gleichen Regelungen unterworfen seien wie sie, so zielen diese Klagen vorrangig darauf ab, neue Regelungen am eigenen Standort zu verhindern oder bestehende aufzuweichen.

Die einzelnen Staaten hingegen müssen, wenn sie nicht wollen, dass ihnen der wirtschaftliche Boden, auf dem sie stehen, unter den Füßen weggezogen wird, um die Gunst des Kapitals buhlen. Sie geraten so in die widersprüchliche Situation, die Standardisierung und Verallgemeinerung von Regeln vorantreiben und zugleich sich selbst als besonders geeigneten Standort anbieten zu müssen. Während die Staaten auf diese Weise der ökonomischen Konkurrenzlogik unterworfen werden und sich in ihrem Verhalten immer stärker Unternehmen angleichen, die sie nicht sind, werden die Multis, die sie jederzeit mit Liebesentzug erpressen können, zu selbständigen politischen Akteuren, weil sie sich die Rosinen herauspicken und gegebenenfalls an günstigere Standorte ausweichen können. Die für die Staaten paradoxe

Konstellation setzt von alleine nicht nur die bekannte Abwärtsspirale bezüglich international durchsetzbarer Standards in Gang, die man hinlänglich aus den internationalen Verhandlungen kennt, sondern begründet auch die Dominanz wirtschaftlicher Interessen in ihnen.

In dieser neuen Konstellation muss sich der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen immens verschärfen. Die Verwertungslogik, seit jeher gleichgültig gegen die materialen Interessen der Menschen, verselbständigt sich auch zunehmend institutionell gegen sie. Kam zuvor der nationalen Staatsgewalt die Aufgabe zu, den konkurrierenden Unternehmen ihr eigenes allgemeines Interesse an der Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse aufzuzwingen und konnte sie aufgrund ihrer relativen Autonomie gegenüber der ökonomischen Sphäre deshalb auch als neutraler Vermittler zwischen ihnen und den Menschen, die für sie arbeiten mussten, auftreten, indem sie als Sozialstaat deren Ausbeutung und als Umweltstaat der Zerstörung der Natur gewisse Grenzen setzte, so etabliert sich im Zuge der Globalisierung eine Art Arbeitsteilung zwischen einer internationalen Ebene, auf der Wirtschaftsrosse und Staatenlenker die Verhältnisse zwischen Unternehmen und Staaten regeln, und einer nationalen Ebene, auf der die ihnen entsprechenden Ausbeutungsbedingungen durchgesetzt werden. Damit wird eine neue Abstraktionsstufe erreicht, ein globales Akkumulationsregime etabliert, in Verhältnis zu dem die Nationalstaaten nur noch wie dessen Verwaltungseinheiten erscheinen. Die Folge ist, dass die Gegenmacht der nur national organisierten Arbeiterbewegung und ihrer grünen Nachfolger ausgehebelt wird, aus der Zeit des Systemgegensatzes stammende Standards für Arbeitsbedingungen und Naturschutz in den entwickelten Staaten zur Disposition gestellt werden, und in den Ländern, in denen sie nie herrschten, Elend und Naturzerstörung nie gekannte Ausmaße annehmen.

Denn die Staatenlenker der mächtigen Industrienationen versuchen, die Folgen für ihre Länder abzumildern, indem sie sich die Parole des Freihandels selbst auf die Fahnen schreiben und die Öffnung der Märkte vorantreiben, sich dergestalt zwar der Erpressung der Multis fügen, aber ihrerseits die weniger entwickelten Staaten erpressen und die Lasten der Globalisierung zu einem gerüttelt Maß auf sie abwälzen. Seit jeher propagieren Staaten den Freihandel schließlich immer dann, wenn entscheidende Wirtschaftszweige der heimischen Industrie sich aufgrund ihres Produktivitätsvorsprungs einen Vorteil von Marktöffnungen versprechen. Bei dem, was man heute Globalisierung nennt, geht es jedoch, wie wohl schon zu Zeiten des guten alten Imperialismus nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie um Absatzmärkte, sondern um Anlagesphären für Kapital. Aufgezwungen werden der früheren 2. und 3. Welt von den Industriestaaten die bekannten Strukturanpassungsmaßnahmen, die sie zu besonders günstigen Standorten vor allem für die Rohstoffproduktion oder auch zu billigen Arbeitskraftreservoirs

machen sollen. Dass die ehemaligen Kolonien und Satellitenstaaten inzwischen selbständig sind, hat den großen Vorteil, dass die einstigen Imperialmächte beim Abstecken der Einflussphären nicht mehr unmittelbar miteinander in Konflikt geraten und nur noch dann selbst militärisch aktiv werden müssen, wenn sich die sogenannten einheimischen Eliten nicht von sich aus bereitfinden, die ihnen gemachten Auflagen mit allen Mitteln des Gewaltmonopolisten gegen die eigenen Bevölkerungen durchzusetzen. Es hat den Nachteil, dass die mächtigeren unter ihnen eine eigenständige Industrialisierungspolitik verfolgen können. Mit weit interessanteren Ausbeutungsbedingungen egalisieren sie zumindest teilweise die Vorteile der deutlich besseren Infrastruktur und der höheren Produktivität in den entwickelteren bzw. eröffnet gerade ihre mangelhafte Infrastruktur langfristige Anlagemöglichkeiten, sodass das Kapital dorthin abwandert. So fällt der Plan zurück auf seiner Erfinder Haupt. Die sogenannten westlichen Dienstleistungsgesellschaften geraten nicht nur zunehmend in Abhängigkeit von den Rohstoffvorkommen anderer Länder und den dorthin ausgelagerten industriellen Produktionsstätten, sondern deren arbeitende Bevölkerungen auch in direkte Konkurrenz zu den Elenden der Billiglohnparadiese. Das mag die Kapitalmagnaten freuen, die Wohlfahrtsstaaten des Westens setzt es unter erheblichen Druck.

Zwar schien es in der Finanzkrise für einen Augenblick so, als ob sich die neuen Wirtschaftsimperien doch nicht so unabhängig von den Staaten machen könnten, wie sie glauben. Die großen Finanzmarktakteure, die die Kapitalflüsse vermitteln und so die Kapitale zusammen- und den Verwertungsprozess am Laufen halten, gerieten in Gefahr zu bankrottieren, und waren auf die Rettungsaktionen der Staaten angewiesen. Aber de facto dokumentierte die Krise nur deren völlige Ohnmacht. Weil die Banken „to big to fail“ waren, weil aufgrund ihrer internationalen Verflechtungen Dominoeffekte zu befürchten waren und ganze Gesellschaften in den Strudel hineingezogen zu werden drohten, mussten die Politiker ihre Verluste verstaatlichen. Die Staatsverschuldung stieg immens an, ebenso die Arbeitslosigkeit, und auch der europäischen Peripherie mussten Strukturanpassungen abverlangt werden. Seitdem geht auch in den kapitalistischen Mutterländern wieder das Gespenst von nicht mehr für möglich gehaltener Verelendung um.

So hat die Krise vor allem eines gezeigt: Das große Versprechen von der stetig wachsenden Prosperität, die allen zugute kommen soll, kann der globalisierte Kapitalismus nie erfüllen. Es hat sich als das unhaltbare Lügengespinnst entpuppt, das es immer schon war. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall: Er bringt die Verelendung, die so lange in die 3. Welt ausgelagert werden konnte, in die Metropolen zurück, sowohl in der Form, dass dort der Lebensstandard weiter sinkt, als auch in der Form, dass die Elenden der Welt, sich ihren Weg in die noch reicheren

Länder suchen. Die Staaten- und Wirtschaftslenker können sich noch so viele Verträge ausdenken und Maßnahmen ergreifen, um den Prozess der Kapitalakkumulation am Leben zu halten, die Ergebnisse ihrer Mühen werden sich stets als gegen die vitalen Interessen der ganz überwiegenden Mehrheit der jeweiligen Bevölkerungen gerichtet erweisen, weil der Kapitalprozess ein Ausbeutungsprozess ist und bleibt. Unübersehbar sind die selbstdestruktiven Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geworden. Sie unterminiert inzwischen auch noch jeden oberflächlichen Schein ihrer Legitimität. Jede Statistik zu den Veränderungen der Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten Jahrzehnten zeigt, dass nur ganz wenige von ihr profitieren, dass einige unermesslich reich werden, während die große Masse immer ärmer wird.

Gerade die Arbeiterschaft der westlichen Wohlfahrtsstaaten fühlt sich nun zutiefst belogen und betrogen. Denn sie glaubte an dieses Versprechen und daran, dass Vater Wohlfahrtsstaat mit seiner Garantie eines sozialen Ausgleiches für seine Einhaltung einstehen würde. Mehr noch: Sie ließ sich von ihren eigenen Vertretern einreden, dass diese Sozialordnung ihr ureigenstes Verdienst sei, eine Errungenschaft, die den Unternehmern in harten Auseinandersetzungen abgetrotzt und von ihrer Hände Arbeit unterhalten wurde. Und ausgerechnet ihre eigenen politischen Repräsentanten aus den sozialdemokratischen Parteien sind es dann gewesen, die um die Jahrtausendwende ganz im Sinne der pressure groups der internationalen Wirtschaftslobby, der Lohndrückerei Tür und Tor öffneten und die zuvor gewährten Arbeits- und Sozialstandards schleiften.

Aber sie wurden nicht nur von anderen betrogen, sondern sie betrogen sich vor allem selbst. In dem Glauben, dass der relative Wohlstand auch breiterer Bevölkerungskreise sich allein ihrer eigenen Leistung verdanke, besteht die große Lebenslüge der Arbeiterbewegung in den westlichen Industrienationen. Gerne glaubte man insbesondere hierzulande das Märchen vom Wirtschaftswunder, das allein die Aufbaugeneration vollbracht habe. Deren Anstrengungen muss man auch nicht schmälern, aber deshalb muss man auch nicht die Augen davor verschließen, dass der hiesige Wohlstand in den Jahrzehnten nach dem Krieg zu einem Gutteil mit der Arbeit anderer geschaffen wurde. Und damit sind nicht nur die Gastarbeiter gemeint, die aus dem Ausland angeworben, direkt in der heimischen Industrie vernutzt wurden. Paul A. Baran und Paul M. Sweezy stellen bereits in ihrem 1967 erschienenen Buch „Monopolkapital“ für die in den USA ansässigen multinationalen Konzerne fest, dass der Surplus, der aus den Peripherien in die kapitalistischen Zentren transferiert wird, bei weitem die Kapitalmenge überschreitet, die dorthin fließt, um Investitionen zu tätigen, und dass die Profitorate, die dort erzielt werden, weit

höher liegen als die in ihren Heimatländern erreichbaren.⁴ Schon der gute alte Wohlfahrtsstaat konnte den sozialen Ausgleich nur gewährleisten, weil der Produktivitätsvorsprung der entwickelten Industrien dafür sorgt, dass der in Billiglohnbereichen produzierte Mehrwert sich bei ihnen ansammelt und konzentriert. An diesem Verhältnis technisch fortgeschrittener, weithin automatisierter Produktionen und rückständigen, arbeitsintensiven hat die Globalisierung nichts geändert, sondern sie hat es durch die Errichtung von Binnenmärkten und den Abschluss von Freihandelsabkommen gar noch forciert.

Allerdings wirkt sie dadurch, dass sie die Staatsgrenzen in jeder Hinsicht durchlässiger macht, egalisierend. Sie stellt in einem gewissen Maße Chancengleichheit her – selbstverständlich unter sehr verschiedenen Ausgangsbedingungen. Schließlich ist es dem multinationalen Kapital ganz egal, wer es verwertet. Wenn das der Programmierer in bzw. aus Indien besser kann als sein deutscher Kollege, dann soll es der Inder tun. Die Positionierungen geraten auf allen Ebenen in Bewegung. So entstehen auch in den Industrienationen neue Billiglohnbereiche und nehmen Verarmung und soziale Ungleichheit zu, während anderswo neue Wohlstandsinseln aus dem Boden wachsen, deren Industrien als ebensolche Mehrwertmagneten fungieren. Es gibt aber weiter ein Oben und ein Unten im internationalen Positionensystem.⁵ Die Globalisierung verallgemeinert nur das soziale Gefälle. Und da die soziale Hierarchie auch im Weltmaßstab immer steiler wird, droht immer mehr Menschen, in den allgemeinen Abstiegsstrudel gerissen zu werden. Der bereits erwähnte Stephan Lessenich beschreibt das Resultat der Globalisierung denn auch soziologisch so:

„Die mehr oder weniger ungleichen ‚Binnenverhältnisse‘ der reichen Gesellschaften in Europa und Nordamerika lassen sich gar nicht ohne Bezug auf ihre ‚äußeren‘ Bedingungen, also auf die ‚Binnenverhältnisse‘ in Ländern ärmerer Weltregionen, verstehen. Mehr noch: Es gibt in einem strengen Sinne keine gesellschaftlichen ‚Binnenverhältnisse‘ und somit auch keine gesellschaftlichen ‚Außenverhältnisse‘ mehr (wenn es sie denn überhaupt jemals gegeben haben sollte). Was es allein gibt, sind asymmetrische Weltinnenverhältnisse: eine globale Lebenswelt, die durch miteinander in Beziehung stehende Ungleichheiten strukturiert ist, und lokale Sozialräume, deren Ungleichheiten weltgesellschaftlich eingebettet sind.“⁶

Die Ungleichheitsrhetorik, von der inzwischen die gesamte Soziologie durchdrungen ist, verdeckt und verharmlost allerdings genau die asymmetrische Struktur, die das Phänomen des immensen weltgesellschaftlichen Sozialgefälles überhaupt hervorbringt, nämlich die

⁴ Vgl. Paul A. Baran / Paul M. Sweezy: Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Frankfurt am Main 1967, S. 107/108

⁵ Zum Begriff des Positionensystems siehe These 8.

⁶ Stephan Lessenich: ebd.

kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die sich überall auf der Erde durchgesetzt haben. Sie verbinden die Menschen, indem sie sie in ein antagonistisches Verhältnis zueinander setzen. Sie formieren die Menschheit zu einer wirtschaftlichen Einheit und spalten sie nicht nur zugleich objektiv in Klassen, sondern bringen die Menschen gar gegeneinander auf, weil darin immer einige von der Ausbeutung und Unterdrückung anderer leben und sei es nur in der Form, dass die, die selbst ausgebeutet werden oder gar sich selbst ausbeuten, von der Arbeit derer, die noch schlimmer dran sind, irgendwie und auf undurchsichtigen Umwegen profitieren.

Man mag die Sozialgeschichte der Nachkriegszeit interpretieren, wie man will, man mag in ihr ein Versagen des Proletariats ausmachen, das seiner historischen Mission, die nach den schrecklichen Menschheitskatastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts völlig korrumpierten gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwälzen, nicht gerecht wurde, sie als Resultat einer schlichten Unterlassung oder gar einer Entscheidung betrachten, sich mit den wohlfahrtsstaatlichen Brosamen nach dem Motto: „Besser der Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach“ abzufinden, sich es nach Jahrzehnten der wechselseitigen Zerfleischung um des lieben Friedens willen in der kleinbürgerlichen Spießierwelt gemütlich einzurichten, oder sie als Ergebnis des Scheiterns aller noch so redlichen Bemühungen verstehen, mehr zu erreichen. Im Rückblick nüchtern und objektiv beurteilt, kommt man nicht umhin, festzustellen, dass die Arbeiter in den westlichen Industrienationen und ihre Organisationen einen Pakt mit dem Kapital eingegangen sind, als sie sich aufs Konzept des Wohlfahrtsstaates einließen. Nun kann man zwar die steile These vertreten, dass ein solches gentlemen agreement alleinige Angelegenheit der beteiligten Partner sei, selbst wenn es festlegt, dass der eine sich dem anderen unterwirft, aber der Pakt, gegen ein wenig Massenkonsum und soziale Sicherheit den sozialen Frieden zu wahren und mit den Unternehmern zusammen das Bruttoinlandsprodukt beständig zu steigern, ging auf Kosten dritter. In Zeiten der Globalisierung wird nun zur Kasse gebeten. Allerdings nicht von denen, die bisher schon die Zeche zahlten und alles Recht dazu hätten, sondern vom geschätzten Vertragspartner. Denn der nutzt die Gunst der Stunde und will nichts mehr von seinen Zusagen wissen. Die Arbeiter in den westlichen Industrienationen zahlen jetzt den Preis dafür, dass sie sich nach dem Krieg zu Komplizen bei Unternehmungen haben machen lassen, deren Chefs wie die Bosse von Gangsterbanden alle Mühe darauf verwenden, ihrer Firma einen möglichst großen Anteil am in aller Welt vor allem aus den Ärmsten der Armen ausgepressten gesellschaftlichen Mehrwert zu sichern, und statt sich mit denen zu solidarisieren, ihr gesamtes Augenmerk nur darauf richteten, sich ihren Teil der gemeinsamen Beute herauszuschneiden und auch einen möglichst „großen Schluck aus der Pulle zu nehmen“. Und dieser Preis besteht in mehr als nur dem Wohlstandsverlust, den sie hinzunehmen gezwungen werden.

Denn immer unabweisbarer wird, je weiter die wirtschaftlichen Verflechtungen voranschreiten und je deutlicher wird, dass das Surplus ein gesamtgesellschaftliches Produkt ist, das sich aber nur einige wenige aneignen, dass die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse einen weltgesellschaftlichen Zusammenhang konstituiert, der, sozialpsychologisch betrachtet, von den Individuen, die in ihn eingespannt sind, als ein universeller, abstrakter Schuldzusammenhang erfahren werden muss. Indem die Globalisierung das soziale Gefälle verallgemeinert, verbreitet sich auch das unangenehme Gefühl, dass das eigene Leben irgendwie immer auf Kosten anderer geht.⁷

Nun hat bekanntlich bereits Sigmund Freud das Schuldgefühl, das die moderne Kultur hervorbringt als größte Gefahr für sie und als Grund für das Unbehagen in ihr erkannt.⁸

Allerdings muss man nicht mehr in die Abgründe des Seelenlebens hinabtauchen und auf einen fragwürdigen Mythos vom Vaternord in der Vorvorgeschichte zurückgreifen, um die Ursünde zu identifizieren. Sie ist vielmehr Teil der Sozialgeschichte des letzten Jahrhunderts und besteht in der eben beschriebenen Paktiererei mit dem Kapital, für die das Programm des Wohlfahrtsstaates einzustehen versprach. Denn, so erläutert Herbert Marcuse in seiner Auseinandersetzung mit Freuds Theorie in „Triebstruktur und Gesellschaft“, Schuld lädt nicht nur auf sich, wer den Vaternord begeht, sondern auch der, der den Tyrannen nicht umbringt bzw. die Vaterherrschaft als Despotismus seines Gesetzes aus Reue über das Verbrechen danach wieder restituiert.⁹ Das moderne Schuldgefühl resultiert aus der sozialen Unterlassungssünde, die gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg nicht grundsätzlich verändert zu haben.

Das macht es so schwer fassbar, schon für die, die noch in den Prozess der Entstehung der modernen Wohlfahrtsstaaten involviert waren, erst recht jedoch für deren Nachkommen. Weil sie zufällig das Glück haben, in einer bestimmten Weltregion geboren worden zu sein, profitieren sie von einem weltweiten Ausbeutungssystem und leben ein klein wenig besser als anderswo. Wie alle anderen verkaufen sie ihre Arbeitskraft und gliedern sich in den kapitalistischen Produktionsprozess ein. Und auch das geschieht nicht aus freien Stücken. Man wird dazu gezwungen, gehört selbst zu den Ausgebeuteten und wehrt sich vielleicht sogar dagegen. Keiner begeht eine Tat, keiner lässt sich persönlich etwas zuschulden kommen, keiner verfolgt gar böse Absichten. Wenn von einer Schuld die Rede sein kann, dann höchstens von einer historischen,

⁷ Vgl. Harald Welzer: Gerechtigkeit. Über eine ökosoziale Zukunftspolitik, in: Dana Giesecke / Saskia Hebert / Harald Welzer (Hg.): Futur Zwei. Zukunftsalmanach 2017/2018. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt. Schwerpunkt Stadt, Frankfurt am Main 2016, S. 28.

⁸ Vgl. Sigmund Freud: Das Unbehagen in der Kultur, in: Ders.: Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion, Freud-Studienausgabe Band IX, Frankfurt am Main 1997, S. 260.

⁹ Vgl. Herbert Marcuse: Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, Frankfurt am Main 1997, S. 69ff.

anonymen der Klasse, der man, ob man will oder nicht, angehört und die einst ihren sozialen Frieden mit dem Kapital machte. Auch das individuell empfundene Schuldgefühl erweist sich bei näherem Hinsehen als Ausdruck von Determination durch die Sozialstruktur. Und dennoch machten sich nicht nur die Vorfahren schuldig, sondern machen es auch die Nachgeborenen jeden Tag aufs Neue, indem sie schlicht und einfach für die eigene Selbsterhaltung sorgen. Weil die durch die kapitalistische Wirtschaftsweise vermittelt ist, reproduziert man nolens volens nicht nur das eigene Leben, sondern auch sie. Die eigene Arbeit wird zur unmoralischen Tat, ohne dass das Individuum verhindern kann, sie zu begehen. Vielmehr hat man sich die Hände bereits schmutzig gemacht, bevor man auch nur die Chance hatte, zu begreifen, was man denn da tut. Und weil es eine soziale Sünde ist, die das Schuldgefühl evoziert, ist es auch unmöglich, sich individuell von der Schuld zu befreien. Linderung verspräche einzig eine gemeinsame Befreiungstat, zusammen mit denen, denen gegenüber man sich schuldig fühlt.

Die Globalisierung hingegen verstärkt das Schuldgefühl. Mit der zunehmenden Verflechtung des Weltgeschehens und seiner medialen Aufbereitung rückt es immer näher auf den eigenen Leib bzw. die eigene Seele. Je sichtbarer die schamlose Ausbeutung und Unterdrückung andernorts wird, je offener die Verbrechen, die mit ihr einhergehen, dokumentiert werden, desto härter geht das Ich mit sich ins Gericht und misshandelt sich selbst. Denn Freud zufolge ist das Schuldgefühl nichts anderes als eine Form der Autoaggression.¹⁰ Die Aggression, mit der das Individuum auf die gesellschaftliche Gewalt, die es erfährt, reagieren will, wendet es in seiner Ohnmacht gegenüber dieser Gewalt gegen sich selbst und bestraft sich und zwar nicht erst für seine Taten, sondern bereits für seine ungebührlichen Wünsche. Mitten im Wohlstand lebend, versagen sich nun gerade die, denen es noch recht gut geht, seinen Genuss. Sie fahren Fahrrad, essen vegan, kaufen nur Fair-Trade-Produkte und huldigen einer political correctness, die wenigstens verbal die Diskriminierung aus der Welt schaffen soll, die dem sozialen Positionensystem innewohnt, dem auch sie sich notgedrungen einpassen müssen.

Das hat objektiv keine allzu tiefreichenden Folgen für die kapitalistische Produktionsweise, weil sie dadurch charakterisiert ist, dass die Produktion und ihr Ausstoß den Konsum bestimmt, der per Werbung auf sie ausgerichtet wird, nicht umgekehrt. Auch halten sich die persönlichen Entbehrungen in Grenzen, weil sich der Wohlstand mittlerweile in immenser Verschwendung kaum gebrauchter oder brauchbarer Produkte manifestiert und die sogenannten Besserverdienenden auf eine gewisse Bequemlichkeit leicht verzichten können, was angesichts dessen, dass die physische Beanspruchung im Arbeitsprozess abnimmt, zudem ihrer Gesundheit eher zuträglich ist. Aber das bewusste Verbraucherverhalten verschafft ihnen das befriedigende

¹⁰ Vgl. Sigmund Freud: ebd., S. 250ff.

Gefühl, ihre moralische Integrität retten und sich für einen besseren Menschen halten zu können. Und diese abstrakte, rein individuelle, man möchte sagen: narzißtische Lösung mit ihrem Schuldkomplex zurechtzukommen, preisen sie dann auch noch als allgemeingültige Möglichkeit an, ein in jeder Hinsicht gutes Leben führen zu können. Das dispensiert sie davon, über einschneidende gesellschaftliche Veränderungen nachzudenken, an deren Möglichkeit sie auch deshalb nicht mehr glauben wollen, weil sie sie tatsächlich einige bedeutendere Privilegien kosten würden.

Die stets wachsende Zahl derer jedoch, die auch in den Wohlstandszonen der westlichen Welt inzwischen an der Armutsgrenze oder darunter leben müssen, können mit solchen Moralpredigten wenig anfangen. Wohlfeile Reden über ihre Mittäterschaft und darüber, dass man einen gewissen Wohlstandsverlust hierzulande für eine gerechtere Welt und eine gesündere Umwelt wohl wird in Kauf nehmen müssen, müssen in ihren Ohren wie die moralinsaure Variation desselben neoliberalen Schlagers klingen, mit dem sie seit vielen Jahren aus allen Lautsprechern beschallt werden. Schließlich tragen sie schon lange unfreiwillig ihren Anteil. Nach der neoliberalen Wende mit damit verbundenem Reallohnverlust und Abbau des Sozialstaates, nach der Finanzkrise mit ihren Enteignungen muss die sogenannte Flüchtlingskrise auf sie wie eine 3. Etappe ihres sozialen Abstieges wirken. Denn im sozialen Positionensystem gilt das eherne Gesetz, dass der soziale Aufstieg für den einen nur um den Preis des Abstiegs anderer zu haben ist. Angesichts der Tatsache, dass in den ehemaligen westlichen Wohlfahrtsstaaten selbst die Armen immer noch ein besseres Leben führen als die meisten, die in den Armutsregionen als reich gelten¹¹, ist die räumliche Mobilität der Flüchtlinge gleichbedeutend ihrer sozialen Mobilität, und zwar einer bei der die Flüchtlinge, wenn sie es denn schaffen, nur gewinnen, die einheimischen Habenichtse hingegen nur verlieren können. Wen soll es da wundern, wenn denen ihr eigenes Schuldgefühl als ein Phantasma erscheint, als etwas, das ihnen Gutmenschen nur einreden wollen.

Und dennoch drückt es auch sie, ist es auch ihre psychische Realität. Die Aggression, die sich im Zuge der Globalisierung aufgestaut hat, wird umso unerbittlicher aufs eigene Ich gelenkt und drangsaliert es umso unnachgiebiger, je deutlicher wird, dass die Kumpanei mit den Funktionären des Kapitals sich nicht auszahlt und sie auch noch ihre immensen Folgekosten werden zu tragen haben. Ihr Schuldgefühl, das sie zu zerreißen droht, müssen sie, solange es selbst und sein Ursprung ihnen unbegreiflich bleibt, mit allen Mitteln von sich weisen und verdrängen. Das eigene Ich zu schonen und seine Identität zu wahren, gelingt ihnen, indem sie ihrer Autoaggression ein Objekt nach ihrem Bilde verschaffen und schaffen. Im Flüchtling, den

¹¹ Vgl. Stephan Lessenich: ebd., S. 158; auch Harald Welzer: ebd., S. 18.

ihnen die Globalisierung gleichgesetzt hat und in dem sie ihr zukünftiges Schicksal zu erkennen fürchten, finden sie eine ideale Projektionsfläche. Ihm werden nun all die eigenen Wünsche, Ängste, Gefühle und Vorstellungen zugeschrieben, um dann an ihm den Selbsthass hemmungslos auszuleben. Diese psychische Dynamik dürfte der eigentliche Grund dafür sein, warum rechte Parteien auch bei denen unten in der sozialen Hackordnung, die von ihnen nichts als nur härtere Repressionen zu erwarten haben, solche Erfolge verzeichnen können, warum sie mit ihrer unsäglichen Hetzpropaganda gegen Flüchtlinge dem angeblichen Volke nicht nur nach dem Munde, sondern aus tiefster Seele sprechen. Alle politischen und ökonomischen Erklärungsversuche für den sich wieder ausbreitenden Nationalismus und Rassismus allein für sich genommen, reichen an das Ressentiment, an den tiefsitzenden Hass, der den Flüchtlingen entgegenschlägt, und die Wahngelüste, mit denen sie gerechtfertigt werden, nicht heran. So wird nicht nur allen Flüchtlingen, sondern grundsätzlich allen Armen dieser Welt, der Wunsch angedichtet, in die kapitalistischen Zentren, insbesondere ins gelobte Deutschland kommen zu wollen, um sich ihr Stück aus dem Wohlstandskuchen herauszuschneiden, also genau das zu wollen, was die Einheimischen wollen, die es für den Gipfel der menschlichen Entwicklung ansehen, in einem Wohlfahrtsstaat leben zu dürfen. Nun ist es allerdings da nur so schön, weil man anderswo deutlich schlechter lebt. Weil es nur ein paar von diesen Wohlstandsgebieten gibt und es sie bald nicht mehr gäbe, wenn alle sich dort sammeln würden, müssen die dort Ansässigen fürchten, dass die anderen dieselben Wünsche hegen wie sie. Und ob der weltweit ständig steigenden Flüchtlingszahlen muss sich diese Furcht zur Hysterie auswachsen. Die von ihr erfasst werden, sehen die Gesellschaft denn schon prophylaktisch überfordert und verlangen nach einer Obergrenze, auch wenn die Flüchtlingszahlen sinken. Auch Linke wie Sarah Wagenknecht lassen sich davon anstecken und werfen den Parteifreunden mangelnden Realitätssinn vor, wenn sie die Gegenforderung stellen, die Grenzen für alle offen zu halten. Zumindest die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge müssten doch abgewiesen werden, weil deren Einwanderung zur Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, weiterem Lohndumping und schließlich dem völligen Zusammenbruch des sowieso schon überlasteten Sozialstaates führen müsse. Nichts ist jedoch weniger realitätsgerecht als die Annahme, dass man hierzulande tatsächlich in die Verlegenheit geraten könnte, auch nur alle, die auf der Flucht sind, aufnehmen zu müssen. Bekanntlich kommt nur ein Bruchteil von ihnen nach Europa oder Nordamerika, die allermeisten bleiben in oder möglichst nah ihren Heimatländern. Es ist das „alle“, in dem sich der projektive Charakter der ganzen Vorstellung verrät. Es ist aber auch dies „alle“, in dem sie über ihn hinausweist, auf das Recht, das nunmal alle haben, ein auskömmliches Leben zu führen. Denn sie speist sich aus dem unguuten Gefühl, dass den Flüchtlingen das auf sie projizierte

Verhalten niemand verdenken könnte, dass sie auch in der Vorstellung all derer, die sie hinwünschen, wo der Pfeffer wächst, alles Recht dazu hätten, am hier unstatthafter und sinnloser Weise konzentrierten gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtum zu partizipieren. Deshalb muss ihnen grundsätzlich dieses gleiche Recht bestritten werden, indem jeglicher Zusammenhang zwischen der Duldung der eigenen Ausbeutung in den ehemaligen Wohlfahrtsstaaten und den katastrophalen Zuständen in ihren Heimatländern, vor denen sie fliehen, schlichtweg geleugnet wird. Hunger, Armut, wirtschaftliche und technische Rückständigkeit, Korruption, diktatorische Regime, Menschenrechtsverletzungen, politische Verfolgung, religiöser Fanatismus, Terrorismus und Bürgerkriege sind eben Ausdruck einer differenten Kultur, die man respektieren müsse. Schließlich habe man aus der Kolonialgeschichte gelernt und wolle sich nicht mehr in die Angelegenheiten anderer Leute einmischen – was natürlich dann auch für die gelten müsse. Man könne höchstens Hilfe anbieten und tue das schließlich schon seit Jahrzehnten. Aber auch mit der großzügigen Entwicklungshilfe und den vielen gewährten Krediten, wissen sie leider nichts Rechtes anzufangen. Von der eigenen Verantwortung entlastet man sich, indem man sie denen anhängt, die man selbst für unfähig erklärt, sie wahrzunehmen.

Das Schlimme an den Flüchtlingen ist jedoch, dass sie sich so wenig um die psychische Gesundheit derer zu bekümmern scheinen, die eher sie für Kranke halten, die den Armutsvirus bei ihnen einschleppen könnten. Sie wollen sich ihr Recht nicht verwehren lassen und versuchen ihr Glück. Sie sind es nun, die eine Tat begehen und sich damit schuldig machen. So schließt sich der Zirkel der Projektion, indem sich das Schuldverhältnis verkehrt. Es sind nicht die in den Wohlstandsregionen ansässigen multinationalen Konzerne, die weit über deren Staatsterritorium hinausgreifen, die im Zuge dessen, was Harvey kapitalistische Landnahme nennt¹², per Eigentumstitel und Konzessionsrechten, sich die Rohstoffvorkommen aneignen, die unter dem Boden liegen, auf dem die Bevölkerungen anderer Staaten wohnen, die Agrarflächen in monokulturellen Beschlag nehmen, für die dort Wälder gerodet und die mit dem Wasser dortiger Flüsse bewässert werden, sie nutzen auch nicht die Arbeitskräfte zu einem Hungerlohn aus, die Staatsbürger anderer Länder sind, und sie laden auch nicht, wenn sie ihre Rohstoffe weiterverarbeitet und die Früchte ihrer Arbeit konsumiert oder verkauft haben, ihren eigenen Müll und den ihrer Kunden bei ihnen ab. Nein, die vor solchen Übergriffen fliehen, sind die Aggressoren, die Ruhestörer, die die geliebte spießbürgerliche Ordnung durcheinanderbringen, die Eindringlinge, die es sich in fremden Ländern bequem machen, die Diebe, die deren Eingeborenen ihr sauer verdientes Geld wegnehmen wollen. Der Flüchtling wird zu dem

¹² Vgl. David Harvey: Der neue Imperialismus, Hamburg 2005.

Kriminellen, der zu sein, er denen, die ihn dazu stempeln, das Gefühl gibt. Er wird damit zur Zielscheibe ungebremster Autoaggression. Denn da im Flüchtling stets das falsche Ziel avisiert wird, der autoaggressive Impuls durch die Aggression gegen ihn nie befriedigt werden kann, kennt die Hetze gegen ihn auch keine Grenze.

Dadurch dass die Flüchtlinge aber einfach kommen, führen sie zugleich alle rein psychische Anstrengung der Verdrängung, alle Mühe der Abstraktion, alle Versuche der Selbstrechtfertigung, alles lang eingeübte, geflissentliche Wegschauen ad absurdum. Denn schon jeder, der es versucht und scheitert, vergegenwärtigt die eigene historische Unterlassungssünde als unterlassene Hilfeleistung, aber erst recht jeder, der es schafft, erinnert lebendiger als jede Berichterstattung von Ertrunkenen weit entfernt im Mittelmeer, an das Leid, von dem man, ob man will oder nicht und egal, wie schlecht es einem hier geht, dann doch irgendwie profitiert. Die Verdrängung muss nun praktisch geleistet werden, schon deshalb, weil es nicht länger um ein diffuses Schuldgefühl wegen des eigenen Mitläufertums geht, mit dem man irgendwie zurechtkommen muss, sondern um reale Personen, die es evozieren. Ihnen gegenüber reicht kein Wegschauen mehr, es muss nun gehandelt und es müssen passende Maßnahmen ergriffen werden, die gegen die Erinnerung ans eigene Schuldgefühl bewahren.

In modernen arbeitsteiligen Gesellschaften ist das eine Aufgabe für Vater Staat, der sein Volk vor dem Zustrom derjenigen zu behüten hat, die angeblich nichts Besseres im Sinn haben, als dem die Rechnung für seinen unverdienten, relativen Wohlstand zu präsentieren. Und da kann keine Maßnahme repressiv genug sein. Man kann Wirtschaftsflüchtlinge von Asylsuchenden unterscheiden, das Asylrecht Stück für Stück einschränken, bis kaum noch jemand sich darauf berufen kann, kann die Leistungen für die, die es dennoch tun, immer weiter absenken, damit niemand auf die Idee kommt, hier würde ihm etwas geschenkt, ein Dublinabkommen, sichere Herkunftsländer und eine Obergrenze erfinden, um so viele als möglich wieder abschieben zu können, Mauern und Grenzzäune hochziehen oder Häfen sperren, damit sie gar nicht die gelobten Länder erreichen, schließlich Auffanglager weit vor den eigenen Grenzen finanzieren, von denen man weiß, dass dort menschenunwürdige Verhältnisse herrschen, Gewalt, Vergewaltigungen und sogar Mord an der Tagesordnung sind. All diesen Maßnahmen, gleichgültig wie einfallsreich sie anmuten und von welchem genialen Kopf sie ersonnen werden, ist eins ganz offensichtlich gemeinsam. Sie dienen alle der Abschottung. Was könnte deutlicher dokumentieren, dass in ihnen die psychische Verdrängung zum praktischen Prinzip geworden ist?

Nun würde den Forderungen der underdogs allerdings normalerweise keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Da ist es gut, dass auch ansehnliche Teile vor allem der kleinen und

mittelständischen Unternehmer aufgrund der lokalen Gebundenheit ihrer Firmen die globale Konkurrenz fürchten und vom Nationalstaat erwarten, dass er sie vor ihr schütze. Da sich die Sozialdemokratien in den westlichen Industrienationen durch ihre Mitarbeit an Lohndrückerei und Sozialabbau vollständig diskreditiert haben, und die Parteien, die sich links von ihnen ausgebildet haben, auch nur ein Zurück zum guten, alten, von der Globalisierung längst überholten Wohlfahrtsstaat versprechen, das sie in völliger Selbstüberschätzung gegen den früheren Sozialpartner auf der Kapitalseite glauben durchsetzen zu können, bietet ihnen ein Zusammenschluss mit den Vertretern dieser Unternehmerfraktionen die Chance, den eigenen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Weil das Geschäftsmodell kapitalistischer Unternehmen grundsätzlich auf sozialer Diskriminierung beruht, können sie darauf rechnen, dass diese Unternehmerclique in der Notlage, in der sie sich sieht, kein Ressentiment gegen Ressentiment pflegt und keinerlei Skrupel zeigen wird, ein passendes Verdrängungs- und Abschottungsprogramm umzusetzen. Zwar wird auch dieser Zusammenschluss zumindest auf der Seite der wirtschaftlich Abhängigen offenbar von der Sehnsucht getragen, den Pakt fortzusetzen, der schon den Wohlfahrtsstaat konstituierte, aber eben auch vom Willen, ihm eine zeitgemäßere Form zu geben. Und die erinnert verdächtig an die altbekannte Volksgemeinschaft, die sich auf Betriebsgemeinschaften stützt, die von passenden Betriebsführern zum nationalen Wohl autoritär, patriarchal und paternalistisch gelenkt werden.

Aber wie immer bei historischen Vergleichen ist auch hier Vorsicht geboten. Der neue Faschismus ist durch die Globalisierung hindurchgegangen und als deren Produkt zu begreifen. Das zeigt sich schon daran, dass die nationalistischen Parteien und Bewegungen, die allenthalben sich ausbreiten, ein internationales Phänomen sind, dass es keine Konfrontation mehr gibt zwischen liberalen Demokratien und autoritären Präsidialregimen wie noch in den 30er Jahren, sondern die Tendenz zu letzteren sich überall bemerkbar macht und der politische Konflikt um die moderne Verfassung der Gesellschaft in jedem Staat ausgefochten werden muss. So sind auch die rechten Parteien selbst vom sozialen Antagonismus zerrissen. Denn die Unternehmensvertreter in ihren Reihen erträumen sich nicht nur einen gewissen Protektionismus, sondern zugleich einen Staat, der ihnen ganz rigoros auf heimischen Boden die Ausbeutungsbedingungen schafft, unter denen sie auch im internationalen Vergleich reüssieren können. Sie sind nicht deshalb Globalisierungsgegner und Nationalisten, weil sie etwas gegen neoliberale Politik hätten, sondern weil sie im Standortwettbewerb in weit stärkerem Maße auf Mittel direkter Repression setzen, über die nur ein starker Nationalstaat verfügt, als das ihnen verhasste politische Establishment mit seinem ewigen Rechtsstaats- und Menschenrechtsgefasel.

Ob ihnen dabei das doch inzwischen an ein bestimmtes Wohlstandslevel gewöhnte Klientel aus den unteren Gehaltsgruppen lange Gefolgschaft leisten wird, ist durchaus offen.

Was die so ungleichen Partner angesichts ihrer vollkommen widersprüchlichen Erwartungen an den Nationalstaat tatsächlich zusammenhalten lässt, ist ihr auswegloses „Weiter so“ immer tiefer in den existierenden Schuldzusammenhang hinein. Jede Maßnahme, die im Namen angeblicher innerer und äußerer Sicherheit ergriffen wird, um auch die letzten Reste bestehender Rechtsverhältnisse aufzulösen, jede Inhumanität gegen Flüchtlinge und grundsätzlich gegen alles, was für anders halten gehalten wird, verstrickt nur noch tiefer in den Schuldzusammenhang. Denn erst durchs gemeinsame Handeln wird aus dem Schuldgefühl wirkliche Schuld. Beruhte bisher das Schuldgefühl auf einer unbeabsichtigten, in einem mehr oder weniger naturwüchsigen historischen Prozess zustande gekommenen Komplizenschaft, wird es nun durch eigene Aktivität gerechtfertigt. Aus Komplizenschaft wird Täterschaft. Während erstere nur den Boden bildet, dem ein nationales Wir-Gefühl entspringen kann, konstituiert es letztere. Die vermeintliche Schicksalsgemeinschaft, die auf diese Weise überhaupt erst entsteht, ist dann wieder eine, die wie auch die archaischsten Gemeinwesen durchs gemeinsame Menschenopfer zusammengeschweißt wird.

Und weil man weiß, dass man weder die Flüchtlinge, noch die Gewalt, vor der sie fliehen, in einer globalen Gesellschaft ganz draußen halten kann, dass es immer welche gibt, die sich wehren oder in ihrer Verzweiflung sich dafür entscheiden, zumindest noch ein paar von denen, die sie für ihre Aussichtslosigkeit verantwortlich halten, auf ihrem letzten Weg mitzunehmen, müssen auch im Innern die Überwachung zunehmen und immer mehr Rechte ausgehöhlt werden. Der abgewirtschaftete Wohlfahrtsstaat transformiert sich in einen Sicherheitsstaat, ohne dass die, die sich das wünschen, noch merken, dass die Repression sich nicht nur gegen die Flüchtlinge, sondern auch gegen sie richtet. Denn ihr Staat verwandelt sich damit genau in die Verwaltungseinheit, die es der Exekutive ermöglicht, ohne langwierige parlamentarische Prozeduren und ein Übermaß an Mitbestimmung per Dekret und auf dem Verordnungswege all jene politischen und sozialen Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen, die angeblich die Flüchtlinge ausnutzen wollen, und setzt damit den Trend nur fort, den schon die neoliberale Globalisierungspolitik kennzeichnete. Vor allem jedoch schützt ihr Staat sie nun gegen die größte Gefahr, die ihm und der kapitalistischen Produktionsweise droht, nämlich dass es zwischen denen, die vor Armut und Gewalt in ihren Heimatländern fliehen, und denen, die fürchten, von ihr in ihrem Heimatland eingeholt zu werden, zur Solidarisierung kommen könnte.

Dass der neue Nationalismus sich eher gegen diese Bedrohung als gegen die Globalisierung richtet, wurde auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise deutlich. Was die Menschen

damals motivierte, die inzwischen viel gescholtene Willkommenskultur zu zelebrieren, lässt sich auch im Nachhinein nicht eindeutig bestimmen. Es ist sehr wohl möglich, dass sich in ihr derselbe Nationalismus bereits ankündigte, der sie dann ablöste, dass die Menschen, die die Flüchtlinge begrüßten, der internationalen Öffentlichkeit nur den geläuterten, guten Deutschen vorführen wollten. Es ist aber ebenso möglich, dass sie genug davon hatten, ohnmächtig im Fernsehen mitzuschauen zu müssen, wie täglich Flüchtende im Mittelmeer ertrinken und froh waren, selbst etwas tun zu können, deren Leid zu mindern. Auffällig ist jedenfalls, dass auch das sogenannte Establishment sogleich das Schreckgespenst vom angeblichen Kontrollverlust des Staates an die Wand malte. Offenbar graut auch ihm vor der Vorstellung, der moralische Impuls, Menschen in Not helfen zu wollen, könnte dazu verführen, die Sache selbst in die Hände zu nehmen und sie nicht länger staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen zu überlassen, die zwar über alle Mittel verfügen, das Verrecken zu beenden, sie jedoch nicht zum Einsatz bringen. Das würde erklären, warum die rechten Hetzer bei staatlichen Instanzen, Politik und Presse auf so viel Verständnis stoßen. Die Aufgabe einer organisierten Linken hingegen wäre in einer solchen Situation gewesen, den progressiven Impuls aufzunehmen und ihn zum politischen Bewusstsein fortzuentwickeln. Aber weil gerade ihr Horizont auch nur bis zum nationalen Wohlfahrtsstaat reicht, den sie wie einen Fetisch anbetet, hat sie auch diesen historischen Augenblick verschlafen und auch diese Möglichkeit verstreichen lassen, seine Grenzen zu überschreiten.

Das muss kein Grund zum Jammern sein. Die gesellschaftlichen Kräfte treten in eine neue Konstellation und damit verändert sich der politische Diskurs und seine Inhalte. Selbst dem neuen Nationalismus inhäriert ein progressives Moment. Mit seiner Resouveränisierungsstrategie bricht er die Globalisierungsideologie vom ökonomischen Sachzwang, macht er die Wirtschaft der Sache nach zu einer politischen und damit allgemeinen Angelegenheit. Da er selbst ein globales Phänomen ist, setzt er wider Willen das, was einst die soziale Frage hieß, auch in globaler Dimension auf die politische Tagesordnung. Das nötigt auch seine erklärten Gegner ihre bisherigen bornierten Antworten auf sie zu revidieren, ihrerseits die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zum zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung zu erheben und sich endlich, um dieses Ziel zu erreichen, transnational zu organisieren. Aber vor allem die, die immer meinten, sich raushalten zu können, können nicht mehr so weitermachen. Je mehr Einfluss die rechten Parteien und Bewegungen auf die etablierten nationalstaatlichen Institutionen gewinnen, in desto stärkerem Maße werden auch sie in einen politischen Prozess involviert, der sie immer tiefer in den Schuldzusammenhang hineinführt, dem sie entfliehen möchten. Mit der Neutralität der angeblichen Mitte, mit dem vertrauten Wegschauen und der

Reinheitspflege des je eigenen psychischen Haushaltes ist es vorbei. Der Erfolg der Nationalisten zwingt sie, ihren abstrakten Moralismus aufzugeben und politisch Stellung zu nehmen, wenn sie das, was an ihm wahr ist, nämlich dass keiner seinen eigenen Wohlstand genießen kann, solange er mit dem Elend anderer erkaufte ist, retten wollen. Denn aus dem globalen Schuldzusammenhang auszutreten, den die kapitalistischen Produktionsverhältnisse konstituieren, ist keiner in Nationen gespaltenen, sondern nur einer vereinigten Menschheit möglich.